

Gemeindemitglieder betrieben — unter anderem als Herausgeber der Zeitschrift „Nea Poria“ (Neuer Weg), in der er progressive Ideen propagierte.

Das brachte ihn schon vor Jahren auf Kollisionskurs mit den Diplomaten seiner Heimat.

1966 ließ Kontomerkos einen Kalender für die Frankfurter Orthodoxen-Gemeinde drucken. Unter dem Zusatz „aktuell“ enthielt das Präsent folgendes Bibel-Zitat: „Weh dir, Land, dessen König ein Kind ist und dessen Fürsten in der Frühe speisen!“

Es war die Zeit, da Griechenlands Jung-König Konstantin mit Intrigen und Terror um Macht und Thron kämpfte — gegen seinen greisen Rivalen, den Ex-Premier Papandreou.

Prompt sah der rechte königlich-griechische Botschafter in Bonn, Alexis Kyrou, in dem Kontomerkos-Kalender eine Majestäts-Beleidigung und Parteinarbeit für den linken Papandreou. In einem Bericht an das Außenministerium in Athen nannte der Botschafter den kirchlichen Kalender „schlimmer als kommunistisch“ und stufte Herausgeber Kontomerkos als „Anarchisten“ ein, der geschäftet werden müsse.

Der Zank endete mit einem Kompromiß: Kontomerkos blieb, ein Großteil der 10 000 Kalender wurde eingestampft. Den Makel des Linken aber wurde der Pope nicht los. Als im Vorjahr Dr. Sotirios Roufogalis, seit 25 Jahren Kinderarzt in Deutschland, außerdem Vetter eines Vizechefs des griechischen Geheimdienstes KYP, zum neuen Gemeindevorstand gewählt wurde, begann auch eine neue Intrige gegen den Geistlichen.

Aus Kontomerkos' Gastarbeiter-Herde wollte der Griechen-Doktor eine „Nationale Gemeinde“ machen. Der Priester verwahrte sich gegen die Lalen-Einmischung. Prompt strich Roufogalis ihm das Gehalt und bemühte sich um die Versetzung des Frankfurter Hirten.

Ende Mai erhielt der Pfarrer eine Offerte aus Athen. Erzbischof Hieronymos ließ anfragen, ob Kontomerkos Vorsteher der Athener Kathedrale werden wollte: „Ich erwarte dich sobald wie möglich.“

Am 10. Juni flog Kontomerkos zu Verhandlungen nach Athen. Zehn Tage später wollte er zurückreisen, um das Oberprediger-Angebot zu überdenken und seine Angelegenheiten in Deutschland zu regeln.

Anstandslos passierte Kontomerkos am 20. Juni die Paß- und Devisenkontrolle am Flughafen Ellinikon. 20 Minuten vor Abflug der Maschine aber wurde der Pfarrer zum Informationsschalter gebeten.

Dort nahm ihm ein Herr in Zivil den Paß ab und flüsterte: „Folgen Sie mir.“

Kontomerkos: „In welchem Auftrag handeln Sie?“

Antwort: „Im Auftrag des KYP.“

Nach einigem Zögern nannte der Agent auch seinen Namen: „Tsatsos“.

Während das Gepäck des Priesters in Frankfurt landete, bezog Kontomerkos



Pfarrer Kontomerkos in Athen
Drohung mit der Schere

merkos wieder sein Zimmer 801 im Hotel „Elektra“. Über den Erzbischof Hieronymos und in einem persönlichen Brief an Premier Papadopoulos forderte er Aufklärung und seinen Paß.

Doch er erhielt keine Antwort und blieb Gefangener des Regimes.

Die Hellas-Botschaft in Bonn verbreitet freilich, Kontomerkos sei keinesfalls der Paß entzogen worden, und Athens Regierungssprecher Stamatoopoulos antwortete auf eine Frage nach der Priester-Affäre: „Eine persönliche Angelegenheit, für die das Erzbischofsamt zuständig ist.“

Wie zuständig das Erzbischofsamt tatsächlich ist, erfuhr Erzbischof Hieronymos von Junta-Chef Papadopoulos: „Sie können den Mann überall verwenden, aber ausreisen darf er nicht.“



Putsch-Panzer vor dem Präsidentenpalast in Bagdad: Kapitulation im Pyjama

Die Kirche beugte sich, der Wuppertaler Pfarrer Vassilis Zangas wurde zum Kontomerkos-Nachfolger in Frankfurt bestimmt.

Wieder protestierte Kontomerkos — beim Erzbischof, bei Oberst Ladas und in Deutschland, wo er den Frankfurter Rechtsanwalt Wicher mit der Wahrung seiner Interessen beauftragte. Doch letzte Woche resignierte er und nahm die Athener Ehrenämter an: „Was bleibt mir anderes übrig.“

Frankfurts Gemeindevorsteher Roufogalis ist zufrieden. Aus „menschlichen Gründen“ will er Kontomerkos nachträglich helfen — vielleicht sogar das gesperrte Gehalt an die Ägäis nachschicken.

IRAK

PUTSCH

Beten wir

Eine Stunde bevor Bagdads Muezzins von den Minaretten zum Morgengebet riefen, rollten 22 Sowjet-Panzer und 18 amerikanische Jeeps mit montierten Raketenwerfern vor den Palast des irakischen Staatspräsidenten Abd el-Rahman Mohammed Arif, 52. Unter Kommando des Oberstleutnants Saadun Ghaidan umstellten die Truppen die Residenz.

Eine Staffel Jagdflugzeuge britischer Produktion zog im Tiefflug über die Hauptstadt des Zweistromlandes. Zwei Stoßtrupps zwangspensionierter Offiziere besetzten „Radio Bagdad“ und die städtische Telephonzentrale.

Es war — am vorletzten Mittwoch — der zwölfte Staatsstreich seit Bestehen des Irak.

Er verlief unblutig. Geschossen wurde nur an der Residenz des Präsidenten. Dessen Sohn Kais feuerte mit einer Maschinenpistole auf die Panzer der Meuterer. Eine Granate

zerschmetterte das Hauptportal, Maschinengewehrgarben löcherten die Decke im großen Empfangssaal.

Schon nach den ersten Salven winkte ein Pyjama-bekleideter Mann mit einem weißen Bettlaken aus einem Fenster im Oberstock: „Schießt nicht!“ Zum Alleinkämpfer Kais: „Hör auf... es hat keinen Zweck.“

Ein Zugführer der Präsidentenwache öffnete die hohen Gittertüre zum Palmengarten — der Anführer der militärischen Ruhestörer war sein Bruder. Auch der Kommandeur der Präsidenten-Leibgarde, Oberst Ibrahim Abderrahman Daud, kam zum Gruß ans Tor: „Ahlan wa-sahlan“ — herzlich willkommen.

Im Schlafzimmer des Staatspräsidenten klingelte unterdessen das Telefon. Am Apparat: Ex-General Ahmed Hassan el-Bakr, 56, der schon König Feisal und Staatspräsident Kassim stürzen half: „Ich rufe aus (dem fünf Kilometer vom Palais entfernten Militärlager) Waschasch an. Gib auf oder ich schicke mehr Panzer!“ Arif: „Wie kommst du zu diesem Gaunerstück?“ Putschprofi Bakr: „Im Auftrag des Revolutionsrates.“

Arif wählte die Nummer seines obersten Leibwächters Daud, doch der plauderte mit den Putsch-Freunden im Palmengarten. Vergebens rief der bedrängte Staatschef nun bei Abderrassak el-Naif, dem stellvertretenden Sicherheitschef, an. Der antwortete nicht. Statt dessen schaltete sich Bakr ein: „Unterschreibe deine Abdankungsurkunde... Daud wird sie dir bringen.“ Darauf der Staatschef: „Gut, und was bietet ihr?“

Bakr: „Wir garantieren deine Sicherheit. Du kannst hingehen, wohin du willst. Du erhältst deine Pension.“

Arif: „Ich komme.“

Im Verteidigungsministerium traf der geschäftige Staatschef seinen Nachfolger Bakr und dessen Kabinett. Gemeinsam plauderten die Offiziere über vergangene Zeiten, Arif aber sprach



Neuer irakischer Staatschef Bakr
„Gib auf...“

vor allem vom Geld: „Ich habe nicht genug, um in London zu leben.“ Der Gebetsruf des Muezzins unterbrach die Devisen-Debatte. „Beten wir zuerst“, befahl der neue dem alten Staatschef.

Vor zehn Jahren hatten sie noch gemeinsam gekämpft. Als General Kassim und der Oberst Abd el-Salam Arif am 14. Juli 1958 König Feisal ermordeten, sicherte Bakr den Flugplatz Habbania, Hauptmann Arif, ein Bruder des Putsch-Obersten, die nördliche Zufahrtstraße nach Bagdad.

Ein Jahr später paktierte Bakr, der „ein sehr frommer Mann ist und sich fünfmal am Tag in Richtung Mekka verneigt“ („Al-Dschumhuriya“), mit Nasseristen gegen Freund Kassim. Der Coup mißlang. Im Zuchthaus freundete er sich mit dem ebenfalls in Ungnade gefallenen Oberst Abd el-Salam Arif an. Zu Hausarrest begnadigt, putschten die Ex-Zuchthäusler

1963 gemeinsam gegen Kassim. Arif ernannte sich selbst zum Feldmarschall und Staatschef, seinen Freund Bakr beförderte er zum Ministerpräsidenten.

Nachfolger des Marschalls Arif, der bei einem mysteriösen Helikopter-Absturz im April 1966 tödlich verunglückte, wurde aber dessen Bruder Abd el-Rahman Arif. Mit der Protektion seines Bruders war er inzwischen vom Hauptmann zum Generalstabschef der irakischen Streitkräfte avanciert.

Ein „Revolutionsrat“ ernannte ihn zum provisorischen Staatschef auf ein Jahr. Arif versprach, wie eine „Klammer“ die „auseinanderstrebenden Kräftegruppen des Irak zusammenzuhalten“ und ihre egoistischen Politiker „in einem demokratischen Parlament zu gemeinsamer Arbeit“ anzuhalten.

Doch die von ihm eingesetzten Ministerpräsidenten Bassas und Nadschi Talib stellten ihre Ämter zur Verfügung, „weil die Armee zuviel dreinredete“.

Zweimal bot Arif selbst dem Verteidigungsrat seinen Rücktritt an. Doch die zerstrittenen Araber forderten ihn auf, im Amt zu bleiben, „bis unter einer neuen Verfassung ein neuer Präsident gewählt wird“. Seit dem Militär-Putsch gegen den Haschemiten-König Feisal ist das Land verfassungslos.

Nasseristen, sozialistische Baathisten, die „Soziale Union“, „Arbeiterpartei“, „Arabische Sozialistische Union“, „Arabische Nationalisten“, Kommunisten sowjetischer und chinesischer Färbung, ein Mosaik ethnischer Gruppen, Schiiten, Sunniten, Christen und Feudalisten kämpften unter dem schwachen Staatschef um die Macht. Jede Konzession an eine Gruppe provozierte den Protest anderer.

Arif begnadigte potentielle Umstürzler und entdeckte später zuweilen, daß die Armee sie aus „Sicherheitsgründen“ wieder eingesperrt hatte.

Anfang Juli demissionierte der Minister für Landwirtschaft Farhan. Vergebens versuchte der Ministerpräsident eine Umbesetzung des Kabinetts: Die von ihm gewählten Kandidaten wurden stets telephonisch bedroht, „nicht in das Korruptions-Kabinett einzutreten“. Bevor die Anrufer auflegten, verabschiedeten sie sich mit dem Ruf: „Es lebe das Kommando des Revolutionsrates.“

Gamal Abd el-Nasser, der Herr vom Nil, der einst selbst durch einen Putsch an die Macht kam, wollte seinen Präsidenten-Kollegen vor der drohenden Revolution warnen. Am 16. Juli meldete sich Ägyptens Botschafter im Auftrag Nassers bei Arif.

Der aber hatte keine Zeit für den Emissär: Der Staatschef spielte mit seinem Außenminister Trictrac, ein arabisches Würfelspiel. Erst zwei Stunden später, als die Partie beendet war, empfing er Kairo Mann.

Nasser empfahl Arif dringend, sich von Premier Jahja zu trennen und statt dessen den irakischen Botschaf-



... oder ich schicke mehr Panzer“: Gestürzter Staatschef Arif (M.) in London

ter in Moskau — Hussein el-Habib — zum neuen Regierungschef zu ernennen. Der Präsident war einverstanden. Der wegen zahlreicher Korruptionsaffären vom Volk als „Dieb von Bagdad“ bezeichnete Premier sollte geopfert werden. Der amtierende Außenminister Khairallah gab die Order telefonisch weiter. Den Funkspruch nach Moskau aber fing das irakische Abwehrbüro ab und verriet ihn an den Revolutionsrat. Nassers Rat, auch den stellvertretenden Stadtkommandanten von Bagdad sowie den Vize-Chef des Nachrichtendienstes abzulösen, weil sie „geheime Mitglieder einer prowestlichen und von der CIA bestochenen Verschwörergruppe“ seien, ignorierte der Staatschef: „Ich kenne meine Freunde besser als Nasser, der sitzt weit vom Schuß.“

Am vorletzten Dienstag bat Leibwächter-Oberst Daud den Staatschef im Auftrag einer Gruppe junger Offiziere um ein „väterliches Gespräch“. Ultimativ forderten die Soldaten kriegsgerichtliche Untersuchungen von Korruptionsfällen, die sofortige Ablösung des Ministerpräsidenten und die Umbildung des Kabinetts nach den Wünschen der Militärs.

Arif lehnte ab. Er befahl den Offizieren, ihre „Finger von der Politik zu lassen“ und sich „ausschließlich dem Truppendienst zu widmen“.

Einen Tag später leisteten sie Truppendienst: Ihre Panzer umstellten den Palast, und Arif ließ die Finger von der Politik. Er bestieg ein Flugzeug nach London.

VATIKAN

STEUERN

Fromme Unterschlagung

In seiner Sozial-Enzyklika „Populorum progressio“ mahnte Papst Paul VI. 1967 die Reichen dieser Welt, sie sollten sich ihrer staatsbürgerlichen Steuerpflichten nicht entziehen. Aber der Herr über das geheimnisvollste Vermögen dieser Erde wollte selber keine Steuern zahlen.

Jahrelang brauchte der Vatikan für Dividenden, die ihm aus seinem italienischen Aktienbesitz zufließen, die Coupon-Steuer von 30 Prozent an den italienischen Fiskus nicht abzuführen. 1963 hatte der damalige italienische Finanzminister Mario Martinelli im ersten Kabinett Leone dem Heiligen Stuhl Steuerdispens zugesagt.

Jetzt will das zweite Kabinett Leone das Steuerprivileg des Vatikans aufheben. In seiner Regierungserklärung am 5. Juli verkündete Ministerpräsident Giovanni Leone, künftig müsse der Heilige Stuhl seiner Steuerpflicht unbeschränkt nachkommen. Zum Ende dieses Jahres soll der vatikanische Finanzminister Egidio Kardinal Vagnozzi zunächst 25 Millionen Mark entrichten.

Dies ist die Schuld, die seit 1963 aufgelaufen ist. Alljährlich fließen dem

Vatikan zwischen 20 und 24 Millionen Mark aus seinem weitgestreuten italienischen Aktienbesitz (Gesamtwert etwa 650 Millionen Mark) zu. Größere Beteiligungen hält der Kirchenstaat bei

- ▷ dem Immobilien-Unternehmen Società Generale Immobiliare;
- ▷ dem Baustoff-Konzern Italcementi;
- ▷ dem Stahlhersteller Finsider;
- ▷ dem Versorgungskonzern Società Italiana per il Gas;
- ▷ den Geschäftsbanken Banco di Roma und Banco di Santo Spirito;
- ▷ der beherrschenden Touristik-Gesellschaft CIT;
- ▷ dem Versicherungskonzern Assicurazioni Generali;
- ▷ dem führenden Spaghetti-Produzenten Pantanella.



Vatikan-Finanzminister Vagnozzi
Steuerprivileg aufgehoben

Gemessen am Gesamtvermögen des Vatikans, das mit etwa 60 Milliarden Mark beziffert wird, ist der Aktienbesitz freilich gering. Gut sechs Milliarden Mark sind bei Industrien in aller Welt angelegt, ein Großteil in den Vereinigten Staaten. Nur etwa ein Prozent des Kirchenschatzes entfällt auf italienische Aktien.

Trotzdem klagte der Sprecher der vatikanischen Pressestelle, Monsignore Fausto Vallainc, Leones Steueredikt sei ein „Verstoß gegen die festgelegten Verpflichtungen zur Begünstigung des Kirchenstaates“. Vallainc hielt der Regierung vor, bei allen Steuerplänen müsse der Staat den „wirtschaftlichen Nutzen der nach Rom strömenden Pilgerscharen“ berücksichtigen. Wenn der Vatikan solche Steuern zahlen müsse, könne er seine weltweiten karitativen Aufgaben nicht mehr erfüllen.

Tatsächlich hatte sogar Benito Mussolini Papst Pius XI. 1942 weitgehende Steuerfreiheit zugesagt. Kirchen-

freundliche Abgeordnete wollten 1962 eine Ausnahmeregelung für den Kirchenstaat durchsetzen, bevor das Couponsteuer-Gesetz verabschiedet wurde. Dieser Plan scheiterte zunächst. Aber in einem geheimen Schriftstück vom 11. Oktober 1963 unterrichtete die Regierung Leone den Vatikan, die Angelegenheit sei in seinem Sinne erledigt.

Freilich war dieser Beschluß nicht rechtskräftig, denn dem italienischen Parlament, das ihn hätte ratifizieren müssen, blieb er unbekannt. Gleichwohl wies Finanzminister Martinelli in Rundschreiben alle Finanzverwaltungen an, die päpstlichen Aktienerträge nicht zu schröpfen.

Die Sozialisten, traditionelle Gegner aller Privilegien für den Vatikanstaat, erfuhren von dem Steuerhandel, als sie Ende 1963 eine Koalition mit der Democrazia Cristiana, der italienischen Christpartei, eingingen. Sozialisten-Chef Nenni empörte sich: „Kein Sozialist kann die Verantwortung auf sich nehmen, dem Vatikan, der schon so viel Geld hat, Milliarden zu schenken, während von den Arbeitern verlangt wird, sie sollten wegen der schlechten Wirtschaftslage auf Lohnerhöhungen verzichten.“

Obwohl nun die sozialistischen Minister eingeweiht waren, blieb das Steuerthema geheime Kabinettsache. Erst 1965 publizierte die linksstehende Zeitschrift „L'Espresso“ Einzelheiten des verschwiegene Geschäfts. „L'Espresso“ bezeichnete den Vatikan als „den größten Steuerhinterzieher Italiens“. Von dem Handel, so argwöhnte die sozialistische Zeitung „Avanti“, profitierten außer dem Vatikan viele vermögende Italiener, die ihren Aktienbesitz zum Schein den Geldinstituten des Kirchenstaats überschrieben hätten, um an der erwarteten Steuerfreiheit zu partizipieren.

Schließlich kam die Affäre vor das Parlament. Und ausgerechnet der sozialdemokratische Finanzminister Preti mußte vor der Kammer rechtfertigen, was die christdemokratischen Koalitionspartner eingefädelt hatten. Der unabhängige sozialistische Abgeordnete Anderlini nannte das Steuergeschäft mit dem Vatikan „eine fromme Unterschlagung“.

Mit 17 gegen 13 Stimmen beschloß der außerpolitische Ausschuß der Kammer im Februar dieses Jahres, dem Heiligen Stuhl das Privileg noch 1968 zu entziehen.

Zuletzt sprach sich auch der christdemokratische Ministerpräsident Giovanni Leone, der 1963 dem Vatikan das Steuerprivileg gemacht hatte, dafür aus, den Pakt zu kündigen. Grund: Leone und seine Christpartei verfügen im Parlament nicht über die absolute Mehrheit und sind deshalb bestrebt, die Sozialisten — die nach ihrer Wahlniederlage im Mai die Große Koalition beendeten — für ein neues Bündnis zu gewinnen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist Leone sogar bereit, den Papst Steuern zahlen zu lassen.